

Beispiel für einen Artikel in lokalen Medien - zur freien Verfügung -

Weltweite Schuldenkrise und Bundestagswahl: Wählen wir *Germany first* oder gerechte Globalisierung?

Bei der Bundestagswahl im September können wir wichtige Weichen für Deutschlands Zukunft stellen. Aber was dann entschieden wird, betrifft nicht nur uns selbst, sondern auch andere Teile der Welt. Schließlich ist Deutschland ein wichtiger Akteur auf der internationalen Bühne: Mitglied von G7 und G20, mächtigstes Land innerhalb der Europäischen Union, viergrößter Anteilseigner im Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Auf diesen und weiteren Kanälen wird unsere Wahlentscheidung im September weit über die Grenzen Deutschlands hinaus globale Entwicklungen beeinflussen.

Viele, die dann von den Entscheidungen einer künftigen Bundesregierung positiv oder negativ betroffen sein werden, haben keinerlei Möglichkeit, per Wahlzettel Einfluss auf die Politik eines so wichtigen Akteurs zu nehmen. Das liegt in der Natur von Nationalstaaten und der Demokratie, wie wir sie kennen. Umso wichtiger ist es daher, dass wir bei unserer Entscheidung gerade die Belange der Menschen in den ärmeren Teilen der Welt mitbedenken.

Denn als Gläubiger im sogenannten Pariser Club und als Mitglied der G20 ist Deutschland mitverantwortlich für die Antwort auf eine entscheidende Frage: ob die durch Corona noch einmal dramatisch verschärfte Schuldenkrise im Globalen Süden zu einem erneuten „Verlorenen Entwicklungsjahrzehnt“ wie in den 1980er Jahren führen wird oder nicht. Das betrifft nicht nur den Umgang mit den Schulden, die einzelne Länder direkt bei Deutschland haben, aus Handelsgeschäften oder aus der Entwicklungszusammenarbeit. Es betrifft mehr noch die grundsätzliche Haltung Deutschlands zu einem fairen und transparenten Umgang mit globalen Schuldenkrisen. Im Moment ist die G20, also die Gruppe der größten Industrie- und Schwellenländer, das wichtigste Forum, in dem solche Entscheidungen diskutiert werden – und die deutsche Stimme hat dort durchaus Gewicht.

Dabei geht es nicht um Wohltaten, die die reichen Länder den armen erweisen müssten. Sondern darum, dass die Überschuldung von ganzen Staaten genauso fair, effizient und rechtsstaatlich gelöst wird, wie wir – und viele andere Länder – dies schon für Unternehmen, Banken und Einzelpersonen tun: mit einem Insolvenzrecht.

Welche fatalen Folgen eine „*America, Germany, XY...first*“-Politik haben kann, haben uns die Trump-Jahre in den USA gezeigt. Wenn wir hier darauf bestehen, dass Staaten, die wegen COVID-19 und schwacher wirtschaftlicher Strukturen überschuldet sind, weiter ihren Schuldendienst an uns zahlen, obwohl sie dazu längst nicht mehr in der Lage sind, dann ist das nicht nur eine humanitäre Katastrophe und eine moralische Bankrotterklärung. Es ist auch kurzfristig und unklug. Denn wenn ärmere Staaten die Pandemie nicht ausrotten können, dann wird uns das Virus in neuer Form über kurz oder lang wieder erreichen. Wenn Staaten Regenwälder abbrennen, um über den Soja-Anbau die Mittel für den Schuldendienst erwirtschaften zu können, wird auch unser Klima immer weiter aufgeheizt. Wie ein Bumerang trifft die nur scheinbar weit entfernte Krise am Ende auch uns selbst.

Wir sind deshalb gut beraten, genau hinzuschauen, wie die zur Wahl stehenden Parteien sich die künftige Globalisierung vorstellen. In ihren aktuellen Wahlprogrammen treten gleich mehrere der im Bundestag vertretenen Parteien für echte Schuldenerlasse und die Schaffung eines geordneten Staateninsolvenzverfahrens ein. Sollten diese Parteien gewählt werden und nach der Wahl dann auch tun, was sie zuvor versprochen haben, kann das ein großer Schritt in Richtung auf einen fairen Interessenausgleich sein.

erlassjahr.de hat die Wahlprogramme verschiedener Parteien auf ihre Programmatik an diesem Punkt abgeklopft und kritisch kommentiert. Unter www.erlassjahr.de/kampagne/bundestagswahl-2021 sind die entsprechenden Abschnitte zusammengetragen. Schon heute können Wählerinnen und Wähler die zur Wahl stehenden Kandidat*innen nach konkreten Schritten bei der Umsetzung ihrer Programme fragen, bei Wahlveranstaltungen, auf www.abgeordnetenwatch.de, in den Sozialen Medien, per E-Mail und Brief oder einfach in den Wahlkreisbüros vor Ort. Diese politische Einmischung von Aktiven an der Basis ist notwendig. Vor der Wahl – und nach der Wahl erst recht.